

15.02.2022

## Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

**Land in Sicht – Neue Impulse für den Ländlichen Raum**

Große Anfrage 35  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/13205

Antwort  
der Landesregierung  
Drucksache 17/14894

### **I. Wandel des ländlichen Raums verlangt neue Ideen**

Die ländlichen Räume gewinnen an Attraktivität. Nicht erst seit Beginn der Corona-Pandemie wollen immer mehr Menschen auf dem Land leben. Zur Attraktivität trägt auch bei, dass das Klischee vom strukturschwachen und durch die Land- und Forstwirtschaft dominierten Raum nicht mehr der Realität und der Lebenswelt der Menschen in den ländlichen Räumen entspricht. Zugleich nähern sich die Lebensstile von Stadt und Land immer mehr an. Die ehemals strikte kulturellen Trennung zwischen städtischem und ländlichem Leben ist nicht mehr dominant und die Individualisierungstendenzen führen zu einer Pluralisierung von Lebensstilen und Lebensformen auch auf dem Lande. Dieser Wandel muss in einer Politik für den ländlichen Raum berücksichtigt werden. Denn ein antiquierter Blick birgt die Gefahr, die Chancen und Herausforderungen vor Ort nicht rechtzeitig zu erkennen und effektive Lösungsansätze zu ignorieren.

Aufgrund des ökonomischen, technischen und sozialen Wandels prägen heute neue Wirtschaftsstrukturen und neue Funktionen die ländlichen Räume auf unterschiedliche Weise. Diese Veränderung macht sich vor allem daran deutlich, dass Industrie, Handwerk und der Dienstleistungssektor inzwischen eindeutig mehr zur Wertschöpfung beitragen als die Land- und Forstwirtschaft. Die ländlichen Räume in NRW sind zwar weiterhin geprägt durch den Primärsektor. Dieser ist auch weiterhin wichtig, um eine attraktive und ökologische bedeutsam Kulturlandschaft zu erhalten. Allerdings dominieren aufgrund des vielfältigen Strukturwandels die Land- und Forstwirtschaft nicht mehr das wirtschaftliche und soziale Leben im ländlichen Raum, sondern sind inzwischen nur noch zwei Branchen unter vielen. Diese Transformation der ländlichen Wirtschaftsstrukturen hat dazu geführt, dass die gewerbliche Produktion in NRW auf dem Lande stattfindet. Die Industrie hat heute ihre Heimat im ländlichen Raum. Handwerk, gewerbliche Produktion und Dienstleistungen führen dort das wirtschaftliche

Datum des Originals: 15.02.2022/Ausgegeben: 15.02.2022

Leben an. Sie stellen rund 80 Prozent der Wertschöpfung dar. Land- und Forstwirtschaft lediglich noch 1,5 Prozent. Diese Entwicklung macht sich in NRW exemplarisch an den Unternehmen, die als „hidden Champions“ bezeichnet werden, fest. Sie sind auf den nationalen und internationalen Märkten tätig und tragen durch ihre Spitzenposition zum Wohlstand vieler ländlicher Regionen bei.

Eine moderne Politik für den ländlichen Raum muss diese regional unterschiedlich ausgeprägten Entwicklungsprozesse endlich erfassen und entsprechend bewerten. Da es die Aufgabe einer Landesregierung ist, im ganzen Land für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen, muss sie Kenntnisse über die regionalen Divergenzen besitzen. Für die anstehenden zahlreichen Transformationsaufgaben brauchen die Menschen eine fundierte Entwicklungsperspektive und die Unterstützung des Landes. Daraus lassen sich dann regionale Entwicklungsstrategien für die jeweilige Wirtschafts- und Sozialstruktur entwickeln.

## **II. Vielfalt erkennen, ermöglicht vielfältige Strategien**

Die Antworten auf die rund 300 Fragen der Großen Anfrage zeigen: Es gibt in NRW keine strategisch durchdachte Politik des ländlichen Raums in Landesregierung. Trotz ihres Anspruchs sie seien die legitimen Vertreter des ländlichen Raums liefern die Landesregierung und die Regierungsfractionen von CDU und FDP keine eigenes Konzept für diese Gebietskulisse. Die Antworten decken weiterhinauf, dass sie auch keine Vorstellung von den Problemen haben und diesen Raum hauptsächlich nur von den Interessen der Landwirtschaft aus denken.

Die Landesregierung hat in den letzten Jahren aktiv keinen eigenständig differenzierten Blick für die ländlichen Räume entwickelt. Erst mit den Antworten der Landesregierung auf die Große Anfrage muss die Landesregierung eingestehen, dass diese heterogen und vielschichtig sind. Dieses Bild ergibt sich dann, wenn sie gemäß den SPD-Fragen gezwungen wird, die Kriterien des Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume (Thünen-Institut) als Analyseinstrument anzuwenden. Demnach gibt es in NRW folgende vier unterschiedlichen Typen von ländlichen Räumen:

- sehr ländlich / gute sozioökonomische Lage“ - Kreise Olpe, Siegen-Wittgenstein und Steinfurt.
- „sehr ländlich / weniger gute sozioökonomische Lage“ - Kreise Euskirchen, Höxter und der Hochsauerlandkreis.
- „eher ländlich / gute sozioökonomische Lage“ - Kreise Borken, Coesfeld, Warendorf, Gütersloh, Herford und Paderborn.
- „eher ländlich / weniger gute sozioökonomische Lage“ - Kreise Kleve, Düren, Heinsberg, Oberbergischer Kreis, Soest, Lippe und Minden-Lübbecke unterscheidet.

Die Nutzung der differenzierten Thünen-Typisierung lehnt die Landesregierung allerdings mit der Begründung ab, dass sich die bisher genutzte Einteilung bewährt habe. Mit dieser einfachen Einteilung des Landes kann eine Landesregierung nicht auf unterschiedliche Bedarfe und regionale Problemlagen eingehen. Gerade auch, weil die Antwort der Landesregierung die Ergebnisse der FES-Studie „Ungleiches Nordrhein-Westfalen - Gleichwertige Lebensverhältnisse für mehr Chancengerechtigkeit und starke Zukunftsperspektiven“ von 2021 bestätigt. Diese zeigt, dass Chancengerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit für die Gemeinden in Nordrhein-Westfalen unterschiedlichen ausgeprägt sind. Ungleiches kann aber nicht überall mit den gleichen Mitteln korrigiert und behoben werden. Deshalb bedarf es regional unterschiedlicher Strategien und Unterstützung.

Die ungleiche demografische Entwicklung in den Typen nach Thünen unterstreicht dies. Eine Politik, die diese Unterschiede nicht wahrnimmt, verliert an Wirkung und kann dem Auftrag, für gleichwertige Verhältnisse in Stadt und Land zu sorgen, nicht nachkommen.

Angesichts der Vielfalt der Regionen in NRW bedarf es einer neuen und exakteren Definition und Eingrenzung der Gebietskategorie ländliche Räume. Denn so abwechslungsreich wie die Kulturlandschaft in NRW ist, so unterschiedlich sind auch die Bedürfnisse und die Probleme der Menschen in den ländlichen Räumen. Wir brauchen für eine zielgerichtete Politik differenzierte Kategorien zur Bestimmung des ländlichen Raums. Diese ist dringend nötig, da jede Region neben ihren spezifischen Stärken auch Schwächen zu verzeichnen hat. Gerade die regionalen Akteure können mit ihren Vor-Ort-Kenntnissen diese Stärken und Chancen erkennen, weiterentwickeln und die Mittel benennen, die sie dafür benötigen. Dabei sollte der Grundsatz gelten „Ungleiches ungleich behandeln“.

Die Große Anfrage macht zugleich deutlich, dass eine Koordination zwischen den zuständigen Ressorts nicht stattfindet. Die formell existierende Aufgabenverteilung zwischen MUNLV und MHKBG lässt Koordinierungsstrukturen jedoch nicht erkennen. Andere Bundesländer wie bspw.: Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz sind hier aktiver und weisen Programme und Maßnahmen aus, die auf einer ressortübergreifend Koordination beruhen.

### **III. Handlungsfelder - Was ist zu tun?**

#### Wirtschaft und Soziales

Der ländliche Raum in NRW ist im Vergleich zu vielen anderen Bundesländern wirtschaftlich stark entwickelt. Dies betrifft insbesondere die Sektoren Industrie und Handwerk. Gerade klein- und mittelständische Unternehmen entlang unterschiedlichster Wertschöpfungsketten bilden dort das Rückgrat für die wirtschaftliche Stärke des ländlichen Raums. Die Antwort auf die Große Anfrage zeigt, dass in den nichtländlichen Gebieten die Umsätze in der Gewerblichen Wirtschaft zwischen 2000 und 2018 in NRW insgesamt um 12 Prozent stiegen, in den ländlichen Gebieten um fast 50 Prozent. Diese Steigerungstendenz gilt auch für den Dienstleistungssektor. Dort wuchs der Umsatz um 60 Prozent gegenüber den nicht ländlichen Regionen mit rund 40 Prozent. In NRW-Regionen, die dem Thünen-Typus „sehr ländlich / gute sozioökonomische Lage“ entsprechen, wird mit das höchste Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner erzielt.

Die demografischen Entwicklungen wirken sich im ländlichen Raum vermutlich stärker aus in städtischen Regionen. Denn trotz oftmals guter wirtschaftlicher Situation verlassen die jungen Menschen ihre Regionen und ziehen zunächst in die Ballungsgebiete. Eine Region kann sich dort dann dem demografischen Trend widersetzen, wo eine erfolgreiche Industrie Arbeitsplätze und Perspektiven schafft. Um diese Entwicklung dauerhaft in den jeweiligen Regionen zu erhalten, ist die Sicherung des Fachkräftebedarfs eine der wichtigsten Aufgaben. Dies gilt in den Bereichen Erziehung und Pflege, aber auch in technischen Berufen der Forschungs-, Entwicklungs-, Konstruktions- und Produktionssteuerung ist ein Fachkräftemangel absehbar. Innovative Unternehmen in ländlichen Regionen haben weniger Entwicklungschancen, wenn ihnen gut ausgebildete Fachkräfte fehlen, die Infrastruktur verfällt oder nicht entsprechend ausgebaut wird.

Was ist zu tun für die ländlichen Räume:

- Entwicklung eines Fachkräfteprogramm zur Sicherung der Fachkräfteversorgung.

- Forschung und Entwicklung ausbauen, regionale Technologietransfer ermöglichen, Förderung von regionalen Clustern.
- Infrastrukturen bedarfsgerecht weiterentwickeln.
- Vernetzung zwischen Hochschulen und Unternehmen, um den Technologietransfer zu fördern und die Innovationskraft stärken.

#### Verkehr und Mobilität

Die Menschen in ländlichen Räumen müssen meist längere Strecken zwischen Wohnort, Arbeitsplatz, Einkaufsmöglichkeiten oder Freizeitangeboten überbrücken. Sie nutzen dazu hauptsächlich das Auto als Verkehrsmittel. Zwischen 2000 und 2019 haben die Pendlerverkehr aus und in die ländlichen Räume erheblich zugenommen. Zwischen 2010 und 2020 erhöhte sich deshalb auch der Bestand an Kraftfahrzeugen dort um ca. 15 Prozent. Die Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs ist dagegen gering.

Die Mobilitätsbedürfnisse von Jugendlichen, Familien und Senioren/-innen sind sehr unterschiedlich was die Fahrzwecke, Zeiten und Ziele anbelangt. Um die Mobilität zu garantieren, sind deshalb flexible und bedarfsgerechten Verkehrssysteme zwingend nötig. Modelle und Konzepte, die Vernetzungscharakter haben, sind in NRW sind der Großen Anfrage nicht erkennbar oder geplant.

Durch den demografischen Wandel verlieren viele ländliche Regionen Einwohner/-innen. Mit der Abwanderungen in die Zentren folgt auch die Ausdünnung des öffentlichen Nahverkehrs. Diesem Trend muss durch flexible Verkehrsangebote entgegengewirkt werden. Der Wunsch nach mehr Fahrdienst- und Mobilitätsangeboten ist weit verbreitet.

Gemäß des aktuellen Bundes-Klimaschutzgesetz soll der Verkehrssektor bis zum Jahr 2030 im Vergleich zum Jahr 2020 seinen CO<sub>2</sub>-Ausstoß fast halbieren. Das hat für den ländlichen Raum, wo der PKW das Hauptverkehrsmittel ist, erhebliche Konsequenzen. Strategien und Wege für dieses ambitionierte Ziel müssten heute schon vorliegen. Die Landesregierung gibt in der Großen Anfrage keine Auskunft, wie sie dieses drängende Problem lösen will.

Was ist zu tun für die ländlichen Räume:

- Erstellung und Umsetzung eines Klimakonzepts Sektorziel Verkehr — mit dem Ziel Verkehre vermeiden und verlagern und Mobilität verbessern.
- Anschlussmobilität verbessern durch flexible Anbindung der Dörfer an die Hauptverkehrsträger sowie einer Integration einzelner Verkehrsmittel (Bus, Rad, Zug, Bürgerbusse usw.).
- Erhalt und Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs insbesondere durch Bedarfslinien (sogenannte „on demand“ Verkehre, z. B. Anruf- Sammel-Taxi, Taxi-Bus, Bürgerbusse).
- Ladeinfrastruktur der E-Mobilität fördern und ausbauen
- Schaffung eines großen NRW-weiten Nahverkehrsnetzes, das den ländlichen Raum intensiv einbindet.

## Gesundheit und Pflege

In strukturschwachen ländlichen Regionen wird es immer schwieriger, die medizinische Versorgung ausreichend aufrecht zu erhalten. In NRW sind insgesamt rund 60 Prozent der Hausärzte/-innen über 55 Jahre alt. Über die Altersstruktur dieser Gruppe im ländlichen Raum kann die Landesregierung nichts sagen. Es liegen auch keine Kenntnisse vor, wie der Stand der Nachfolge nach dem Ruhestand verläuft. Eine flächendeckende Gesundheitsversorgung ist deshalb nicht überall gesichert.

Die Große Anfrage macht deutlich, dass die Landesregierung keine tieferen Kenntnisse über Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum hat. Sie konstatiert lediglich eine Überversorgung mit stationären Angeboten in den Ballungsgebieten und teilweise eine Unterversorgung in ländlichen Regionen. Gleiches gilt auch für die flächendeckende geburtshilfliche Versorgung. Auch dort ist laut Landesregierung kein Mangel erkennbar.

Die demografischen Veränderungen verschärfen im Gesundheitsbereich die Stadt-Land-Unterschiede noch weiter. Die daraus resultierenden Qualitätsunterschiede in der Gesundheitsversorgung stellt eine wichtige politische Herausforderung für die Gesundheitspolitik dar.

Was ist zu tun für die ländlichen Räume:

- Einrichtung des Modell „Gemeindeschwester Plus“
- Gesundheitslotsen-Projekte ausbauen und landesseitig fördern.
- Erreichbarkeit der Notfallversorgung sichern gemäß des skandinavischen Vorbilds.
- Regionalisierte Gesundheitsberichterstattung einführen.
- Genossenschaftliche Modelle zur hausärztlichen Versorgung einrichten.
- Unterstützung von Kommunen, um niedrighschwellige Zugänge zur Gesundheitsberatung benachteiligten Regionen auszubauen.

## Wohnen und Leben

In Nordrhein-Westfalen herrscht Wohnungsnot. Sowohl durch Zuwanderung in Großstadtregionen als auch durch Abwanderung aus ländlichen Regionen. Insbesondere junge Menschen ziehen aus ländlichen Regionen für ihr Studium oder Berufsstart in die Großstädte.

Hingegen lässt sich bei Familien ein Trend der Abwanderung aus den Großstädten in benachbarte Kreise erkennen Grund hierfür sind unterschiedliche Bedürfnisse. Diese haben sich im Zuge der Corona-Pandemie nochmals verändert. Das Landleben ist für viele Menschen attraktiv. Jedoch ohne Internetanschluss und Anbindung zum Arbeitsplatz nicht möglich.

In rund einem Drittel der Kreise in NRW übertrifft die Bautätigkeit den Baubedarf, in zwei Dritteln ist es umgekehrt. Der Bestand an mietpreisgebundenen Wohnungen in NRW öffentlich geförderter Wohnungen ist seit 2000 von 887.644 auf 456.783 im Jahr 2019 um rund 50 Prozent geschmolzen und sinkt weiter.

Aufgrund dieser Entwicklung steigt die Mietbelastung für Haushalte mit geringem Einkommen auch in den ländlichen Regionen weiter.

Was ist zu tun für die ländlichen Räume:

- Flächendeckender Gigabitausbau und mobiler Datenempfang
- Modelle von kommunalen Co-Working-Spaces fördern.
- Interkommunale Kooperationen zur Wohnbauentwicklung fördern.
- Digitale Nahversorgungskonzepte entwickeln und unterstützen (z.B. Zentralisierung von Nahversorgungsstrukturen wie rollende Supermärkte oder multifunktionale Dorfläden fördern und ausbauen.
- Lebhaft attraktive Dorfkerne schaffen - Steigerung der Umfeldqualität für die jüngere Generation bei Bildung/Ausbildung, Freizeit und Mobilität

#### **IV. Beschluss**

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- zur Entwicklung der ländlichen Räume die regionalen Verantwortung zu stärken und die Förderstrukturen stärker zu regionalisieren;
- die Politik des ländlichen Raums ressortübergreifend zu koordinieren und dem baden-württembergischen Vorbild eines „Kabinettsausschuss Ländlicher Raum“ zu folgen;
- die demografische, soziale und ökonomische Erfassung der ländlichen Räume stärker regional zu differenzieren;
- ein Fachkräfteprogramm zur Sicherung der regionalen Fachkräfteversorgung zu entwickeln;
- die Forschung und Entwicklung auszubauen und regionale Technologietransfer zu ermöglichen;
- Erstellung und Umsetzung eines Klimakonzepts zum „Sektorziel Verkehr“ — mit dem Ziel Verkehre vermeiden und verlagern sowie Mobilität verbessern;
- Anschlussmobilität verbessern durch flexible und digitale Anbindung der Dörfer an die Hauptverkehrsträger sowie einer Integration einzelner Verkehrsmittel (Bus, Rad, Zug, Bürgerbusse usw.);
- Flächendeckender Gigabitausbau und mobiler Datenempfang
- Co-Working-Spaces in ländlichen Regionen schaffen, Homeoffice ermöglichen;
- Interkommunale Kooperationen zur Wohnbauentwicklung fördern;
- Nahversorgungsstrukturen wie rollende Supermärkte oder multifunktionale Dorfläden fördern und ausbauen;
- Einrichtung des Modell „Gemeindeschwester Plus“;

- Genossenschaftliche und kommunale Modelle zur hausärztlichen Versorgung einrichten.

Thomas Kutschaty  
Sarah Philipp  
André Stinka  
René Schneider  
Ernst-Wilhelm Rahe

und Fraktion